

Dr. Wedmann

Kurzerhand

Sekretariat des Ministers
11. SEP. 1990
Postbuch-Nr.

Von Minister Reichenbach an Herrn Minister Prof. Meyer

9266/ke

mit folgender Bemerkung:

Beiliegend übersende ich Ihnen Auszüge aus Informationen der Regierungsbevollmächtigten für die Bezirke mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Die offenen Fragen bitte ich gewissenhaft und zügig zu bearbeiten und über die eingeleiteten Maßnahmen die Regierungsbevollmächtigten der Bezirke direkt in Kenntnis zu setzen.

Datum: **10. IX. 1990**

gez. Reichenbach

(Unterschrift)

III-19-113 Lp C 613-70

Auszug aus dem Bericht des Regierungsbevollmächtigten des
Bezirktes Chemnitz vom 7. September 1990:

das schuljahr 1990/91 ist an den schulen und einrichtungen des
verwaltungsbezirktes chemnitz planmaeszig und bis auf einzel-
scheinungen in ruhe angelaufen. die schulraete und ihre mitarbeiter
haben dafuer gesorgt, dasz die neu ernannten direktoren den paedago-
gen vorgestellt und in ihre funktion eingewiesen worden sind.
eingeordnet in diesem prozess war die liebevoll gestalteten aufnah-
men der rund 22 000 schulanfaenger des bezirktes in die ersten klassen.

bei der personellen absicherung gibt es gegenwaertig keine proble-
me. schwieriger und zum teil unbefriedigend gestaltet sich die
versorgung bzw. auslieferung der schulbuecher durch den leipziger
kommissions- und groszbuchhandel. so waren z.b. im kreis hainichen
am 03.09.90 die schueler nur etwa mit 50 prozent aller notwendigen
lehrbuecher versorgt.

die vom ministerium fuer bildung und wissenschaft mit dem bundes-
arbeitskreis der seminar- und facharbeiter organisierten veranstal-
tungen zur arbeit mit dem schulbuch in den faechern gesellschafts-
kunde, geschichte, deutsch und erdkunde wurden von den paedagogen,
die im auftrag der schulamtsleiter teilgenommen haben, als not-
wendig und wichtig eingeschaezt.

sehr intensiv wurde durch die bereiche berufliche bildung der
landratsaemter und stadtverwaltungen an der vorbereitung des lehr-
und ausbildungsjahres 1990/91 gearbeitet. trotz zum teil bekannt-
er komplizierter bedingungen konnten maszgebliche voraussetzungen
fuer einen ordnungsgemaeszen beginn des berufsschulunterrichtes
geschaffen werden. das heiszt im einzelnen:

- der prozess der ueberfuehrung der betrieblichen berufsschulen in
die rechtstraegerschaft der kreise und kreisfreien staedte ist
flaechendeckend eingeleitet -aus den dabei noch zu bewaeltigen-
den aufgaben resultierten keine beeintraechtigungen des schulbe-
triebes.

- der bezirksverwaltungsbehoerde liegen keine kreislichen informa-
tionen hinsichtlich problemen der personellen sicherung des
berufsschulunterrichtes vor.

- die versorgung der berufsschulen mit lehrplaenen ist im sent-
lichen abgeschlossen, notwendige uebergangsloesungen zur siche-
rung des berufsschulunterrichts wurden veranlaszt.

- durch die bezirksverwaltungsbehoerde wurden vorausschauende
masznahmen eingeleitet, um entsprechend dem konkreten bedarf in
den einzelnen territorien eine anforderungsgerechte klassenbil-
dung an den berufsschulen zu gewaehrleisten, dazu erfolgen woe-
chentlich unter leitung der bezirksverwaltungsbehoerde operative
abstimmungen zwischen den einzelnen territorien des bezirktes.

- durch das referat berufliche bildung der bezirksverwaltungsbehoerde wurde entsprechend dem ministerratsbeschluss vom 22.08.90 zur ausbildungsplatzfoerung eine operativgruppe aus vertretern des staatsapparates der industrie- und handels- sowie der handwerkskammer des bezirkes einschliesslich von vertretern weiterer zustaendiger stellen fuer die berufsbildung gebildet, um eine rasche umsetzung der zentral geleiteten masznahmen zur ausbildungsplatzfoerung im bezirk zu gewaehrleisten.

offene und einer raschen klaerung zuzufuehrenden problemkreise konzentrieren sich auf nachfolgende schwerpunkte:

durch informationen seitens der industrie- und handelskammer in der oeffentlichkeit, die von den gegenwaertig noch in der ddr geltenden gesetzlichen Bestimmungen abweichen, treten verunsicherungen zu grundlegenden, fragen der weiteren gestaltung der berufsbildung sowohl bei unternehmen als auch bei eltern und lehrlingen auf, die zum teil eine ungerechtfertigte loesung bestehender lehrverhaeltnisse zur folge haben. so weigert sich beispielsweise die ihk zwickau, rechtsgueltig abgeschlossene lehrvertraege von jugendlichen, die eine teilberufsausbildung vereinbaren, zu registrieren, mit dem ziel, die betreffenden unternehmen zur lehrvertragsloesung zu veranlassen.

des weiteren sind regelungen erforderlich zur

- aufrechterhaltung bestehender finanzieller verpflichtungen seitens der betriebe im rahmen der vorruhestandsregelung fuer paedagogen bei der ueberfuehrung betrieblicher berufsschulen in die rechtstraegerschaft der kreise und kreisfreien staedte,
- berufsschulpflicht (z.b. nur eindeutig geklaert fuer abgaenger der hilfsschulen),
- klassenbildung an den berufsschulen entsprechend dem berufsbildungsgesetz bzw. z.z. noch gueltigen ddr-recht.

Auszug aus dem Bericht des Regierungsbevollmächtigten des
Bezirktes Magdeburg vom 7. September 1990:

Mit Beginn des Schuljahres 1990/91 gibt es auf dem Gebiet der
Schülerspeisung/Trinkmilchversorgung noch eine Reihe von Anlauf-
schwierigkeiten.

Ein wesentliches Problem ist in den unterschiedlichen Preisange-
boten der Produzenten und der sich daraus ergebenden Zuschüsse
der Kommunen zu sehen.

Die Wimag GmbH i. G. (ehem. VEB Speisenwirtschaft Magdeburg) bie-
tet die Essensportion für 3 DM an; SKL/SKET und BS Lorenzweg für
2,90 DM und die Medizinische Akademie für 1,80 DM.

Neue Anbieter für Schülerspeisung in Magdeburg sind u. a. das
Kongreßzentrum, die Kinder- und Jugendsportschule und das Com-
puter-Service-Centrum. Die westdeutsche Firma "appetito" belie-
fert nach dem gegenwärtigen Erkenntnisstand lediglich 3 Schulen.

Der Elternanteil beträgt in Magdeburg 1,50 DM pro Essen.

Differenziert ist die Lage auch in den Kreisen. Im Kreis Burg
bewegen sich die Produktionspreise zwischen 2,90 DM und 3,70 DM/
Portion, die Elternanteile zwischen 1,90 DM bis 3,35 DM. In Bie-
deritz wird keine Stützung durch die Gemeinde gezahlt.

Für den Bezirk insgesamt wird ein Rückgang in der Teilnahme an
der Schülerspeisung von rd. 88 % auf rd. 50 % eingeschätzt.

Anlaufprobleme gab es auch bei der Trinkmilchversorgung. Durch
den Milchhof Magdeburg wurden am 3. 9. rd. 100 Schulen mit 2 Sor-
ten Trinkmilch (Kakao u. Erdbeer)/rd. 10.000 Tetra-Pack belie-
fert. Bisheriger Lieferumfang rd. 200 Schulen für 29.000 Teilneh-
mer.

Diese Größe wird wieder angestrebt.

Der Abgabepreis liegt bei 0,35 DM, der empfohlene Verkaufspreis
bei 0,40 DM je Einheit.

Entscheidungen über Preisstützungen stehen durch das Ministerium
für Ernährung, Landwirtschaft und Forst noch aus.

Durch operative Kontrollen wird versucht, die Lage bei der Schü-
lerspeisung und Trinkmilchversorgung weiter positiv zu beein-
flussen.

Auszug aus dem Bericht des Regierungsbevollmächtigten des Bezirkes Halle vom 7. September 1990:

An 648 allgemeinbildenden Schulen und 27 Erweiterten Oberschulen des Bezirkes Halle hat das Schuljahr planmäßig begonnen.

Die Lehrer haben sich in der Mehrzahl durch Fort- und Weiterbildung auf die neuen Aufgaben vorbereitet.

Davon ausgehend herrscht an den Schulen eine optimistische Stimmung in den Lehrerkollegien.

Der Demokratisierungsprozeß an den Schulen wird fortgesetzt; mit Ausnahme von 10 Schulen wurden demokratisch legitimierte Direktoren eingesetzt. Dieser Prozeß wird in den nächsten Tagen abgeschlossen.

Die neu erarbeiteten Rahmenrichtlinien eröffnen den Lehrern die Möglichkeit, ihren Unterricht entsprechend zu gestalten. Die Bedingungen für einen wirksamen Unterricht sind im wesentlichen vorhanden. Bis auf einzelne Ausnahmen sind die Schüler im Besitz der Lehrmaterialien.

Zur Sicherung des Schülertransportes wurden für den Bezirk Halle 4,4 Mio DM zur Verfügung gestellt. Es ist mit allen Verkehrsbetrieben vertraglich gesichert und wurde zum Schuljahresbeginn wirksam.

Im Bereich der Polytechnik gibt es Probleme in der Einordnung des Personalbestandes (Lehrkräfte der Betriebe) in den Lohnfonds der Schulämter, sowie Übernahme von Polytechnischen Zentren aus genossenschaftlichem Besitz, weil die kostenlose Übernahme gesetzlich nur für VEB geregelt ist.

Die Bereitstellung der Schulspeisung und Trinkmilch ist an allen Schulen und Einrichtungen gesichert.

Insgesamt ist eine rückläufige Tendenz in der Teilnahme an der Schulspeisung bei den Schülern sichtbar.

Die Arbeit in den Kindergärten ist planmäßig angelaufen, wird aber durch finanzielle Probleme beeinträchtigt. Es gibt Anzeichen dafür, daß Bürgermeister von Eltern pauschal Kosten für den Kindergartenplatz erheben wollen.

Die Aufrechterhaltung der Betriebskindergärten durch Übernahme in die Kommunen ist kompliziert, da finanzielle Mittel den Kommunen nicht zur Verfügung stehen.

In 75 aus betrieblichen und kommunalen Berufsschulen zusammengeführten berufsbildenden Schulen hat zum 03.09.1990 der theoretische Unterricht unter der Trägerschaft der Landkreise bzw. kreisfreien Städte planmäßig begonnen.

Die personelle Absicherung des theoretischen Unterrichts ist gewährleistet. Territorial unterschiedlich besteht sogar ein Überhang an Lehrerstunden.

Damit müssen auch bei Pädagogen die Regelungen des Arbeitsförderungsgesetzes zur Zahlung von Kurzarbeitsgeld angewendet werden.

An den berufsbildenden Schulen reichen in stark frequentierten Berufen die für 200 Berufe gelieferten Exemplare der Rahmenlehrpläne nicht aus. Einzelne Schulen informieren darüber, daß die Buchbestellungen durch die Verlage mit Schuljahresbeginn auch nur unzureichend realisiert waren.

In den Landkreisen und kreisfreien Städten treten zunehmend Probleme bei der Realisierung der "Anordnung über die Durchführung einjähriger Bildungsgänge für Jugendliche an Berufsschulen" (vom 14.08.90) auf. Die für die Bildung vorhandenen Haushaltsmittel reichen nicht aus, um den zusätzlich entstandenen Finanzbedarf abzudecken.

Auszüge aus den Berichten der Regierungsbevollmächtigten der Bezirke Erfurt und Leipzig vom 7. September 1990:

Erfurt

das schuljahr 1990/91 hat am 3.9.1990 ohne groeszere probleme begonnen. der unterricht und die betreuung der kinder sind personell abgesichert, die ernennung der direktoren ist im wesentlichen abgeschlossen.

in direktorenkonferenzen der kreise und in dienstberatungen an den schulen wurden in der vergangenem woche paedagogen und leiter in wesentliche bildungspolitische, paedagogische und rechtliche aufgaben des neuen schuljahres eingewiesen. bei lehrern trat die frage nach dem zeitpunkt der vom minister fuer bildung und wissenschaft angekuendigten ausgleichszahlung auf, die gegenwaertig noch nicht voll beantwortet werden konnte.

die schulbuecher sind zum ueberwiegenden teil in der hand der kinder. verzoegerungen bei der auslieferung einzelner titel sollen in den naechsten tagen bis mitte september reguliert werden.

die kinder- und schuelerspeisung ist trotz aufgetretener probleme durch aufkuendigungen in den schulen und einrichtungen ordnungsgemaesz angelaufen.

die preise (elternanteil) entsprechen den staatlichen orientierungen.

durch strengste sparsamkeit in den ausgaben versuchen sich die kreisschulaemter und schulverwaltungen in den limiten des haushaltes zu bewegen.

dennoch zeichnen sich in einzelnen kreisen noch nicht geloeste probleme bei gehaeltern der paedagogen, der finanzierung des schuelertransportes (z.b. in soemmerda) und bei der vollen funktionstuechtigkeit aller heizungsanlagen ab.

Leipzig

von den insgesamt 407 (ohne eos, vhs, bbs, teiloberschulen) neu berufenen und damit legitimierten direktoren ueben 172 (42,3 prozent) erstmals dieses amt aus, 23 (5,6 prozent) sind geschaeftsfuehrend eingesetzt, und diese aemter wurden in der regel neu ausgeschrieben, waehrend 212 (52,1 prozent) ehemalige direktoren das vertrauen erhielten. 147 frauen (36,1 prozent) begleiteten das amt des direktors an einer schule. die in diesem prozess in einzelfaellen aufgetretenen einsprueche, beschwerden oder anfragen wurden von den schulamtsleitern verstaendnisvoll und zuegig bearbeitet, beschwerden an die bezirksverwaltungsbehoerde liegen nicht vor.

Auszug aus dem Bericht des Regierungsbevollmächtigten des
Bezirktes Suhl vom 7. September 1990:

Das Schuljahr 1990/91 sowie auch das Lehr- und Ausbildungsjahr wurde am 3. 9. 1990 an allen Schulen und Berufsschulen unseres Bezirktes begonnen.

Schwierigkeiten gibt es gegenwärtig noch mit der Bereitstellung von Schulbüchern.

Gegenwärtig sind die Städte und Gemeinden unseres Bezirktes nicht in der Lage, die im Bildungswesen zu lösenden Aufgaben finanziell abzusichern.

Ursachen dafür sind:

- die Kürzung des Haushaltsvolumens um rd. 11 Mio M im Zusammenhang mit der Neubewertung der finanziellen Fonds im Rahmen der Währungsunion,
- die Tatsache, daß nur zu rd. 34 % der Gesamtaufwendungen der im März eingeführten Lohnerhöhungen für Kindergärtnerinnen und technischen Personal Eingang in die kommunalen Haushalte fanden.

Es fehlen 16.7 Mio M, resultierend aus der Differenz erhöhter Sozialleistungsabgaben (18.2 %) zur bisherigen Plansumme "SV" (8 %) und zu geringem Lohnfondsanteil.

Ab sprachen mit den Kreisen Bad Salzungen, Hildburghausen, Meiningen und Suhl-Stadt brachten eine Freisetzung von 600.-- TM die als Teilausgleich für Krankengeldrückerstattung (ehemals SV) oder Sozialleistungsabführungen genutzt werden. Tatsache ist, daß der Widerspruch zwischen den vorhandenen Lohnfonds und der Aussage des Ministers für Bildung und Wissenschaft, die besagte, daß es keinen Personalabbau geben soll, immer deutlicher zu Tage tritt und einer Lösung bedarf. Entweder muß es zu einer Aufstockung des Lohnfonds kommen, oder rechtzeitig darauf orientiert werden, daß Kurzarbeit auch im Bildungsbereich erfolgt.

Völlig ungeklärt ist, wie die Mittel für die vom Minister für Bildung und Wissenschaft versprochenen Ausgleichszahlungen ab 1. 7. 1990 bereitgestellt werden.